

Bis in alle Ewigkeit ...

Das war der Titel einer Veranstaltung des Niedersächsischen Umweltministeriums, s. Anlage.

Hat es sich gelohnt, dort hinzugehen? Das hängt von den persönlichen Interessen ab. Die meisten Zuhörer waren Kernkraftgegner, darunter einige bekannte Funktionäre, welche wissen wollen: Wie verhindere ich ein Endlager in meinem Bezirk und am besten überhaupt? Mit der Lösung des Problems würden sie ja ihre Bedeutung und evtl. ihr Einkommen verlieren. Wieweit sie zufrieden waren, kann ich nicht beantworten.

Der erste Vortragende, Herr Lehtonen, berichtete, wie wenig Widerstand in Finnland gegen Endlager besteht. Wäre man hier an einer Lösung der Endlagerfrage interessiert, würde Finnland ein Vorbild sein. Jedoch zeigte die Diskussion, dass Finnland eher als abschreckendes Beispiel gesehen wird.

Die Endlagerfrage ist ein Teil des allgemeinen Problems, das man besonders in Deutschland mit Technik und Naturwissenschaft hat. Die meisten merken schon in der Schule, dass sie diese, das heißt unsere Lebensgrundlagen, nicht verstehen können. Sie werden dann Soziologen, Politologen, Theologen, Kunsthistoriker oder dergleichen. Solche Leute geben dann aber die Richtung vor, haben z.B. die „Energiewende“ erfunden, und Fachleute ordnen sich unter.

Was sagen die Techniker, welche Windenergieanlagen bauen? Ich weiß es von der Hannover Messe und von meiner Tochter, welche einem Windanlagenbauer Software liefert: „Energiepolitik ist nicht unser Thema, wir bauen und verkaufen die Anlagen. Wenn wir es nicht tun, würden es andere machen.“ „Ja, wir bauen Windräder, aber wir sind ein Maschinenbaubetrieb und machen auch anderes“.

Auf dem Endlagergebiet kommen fast nur Nicht-Naturwissenschaftler zu Wort, außer ein paar Leuten, die wie obige Windanlagenbauer mit ihrer Arbeitskraft auch noch ihre Seele verkauft haben, oder deren Arbeitskraft niemand haben wollte und die deshalb auf „Grün“ machen.

Auf dieser Tagung sprachen nicht einmal solche Fachleute. Bei der Endlagerung sollte es um die Sicherheit gehen, niemand darf einer zu hohen Strahlendosis ausgesetzt werden. Ich habe Herrn Lehtonen gefragt, was man denn in Finnland für sicher hält, ob dort auch wie in Deutschland verlangt wird, dass niemand einer höheren Strahlendosis als 0,1 Millisievert pro Jahr ausgesetzt wird? Er wusste es nicht. Strahlenschutz ist nicht sein Fach.

Ein Zuhörer (Philipp-Rainer Fäth) fragte in der Pause eine Landtagsabgeordnete der „Grünen“, warum man denn das Endlagerthema ohne Fachleute behandelte? Antwort: „Denken Sie doch daran, was die Physiker in der Asse angerichtet haben.“ Die Grünen leben nun einmal ganz in ihrer Scheinwelt. In der wirklichen Welt wird durch die Radioaktivität der Abfälle kein Mensch zu Schaden kommen.

Das zeigt auch ein Vergleich mit Fukushima. Die Aktivität im Reaktor war etwa 100.000mal größer als die gesamte Aktivität in der Asse. Plutonium gab es im Tonnenbereich, für die Asse werden 28 kg angegeben. Freisetzungen aus der Asse sind schwer vorstellbar, in Fukushima erfolgten sie teilweise per Explosion. Sehr kurzlebige Isotope wurden in hohem Maße

verstreut, in der Asse gibt es sie gar nicht mehr. Langlebige Isotope kamen dagegen kaum vom Reaktor Fukushima weg; mit großer Mühe konnte man dicht am Reaktor winzige Mengen von Plutonium finden.

Das wesentliche Isotop, wie übrigens auch in Tschernobyl oder in bayrischen Windschweinen, ist Caesium 137. Davon wurden in Fukushima nur 1 – 3 % freigesetzt, trotzdem ist das mehr als das Zehnfache dessen, was in der Asse überhaupt vorhanden ist.

UNSCEAR (United Nations Scientific Committee on the Effects of Atomic Radiation) kommt in aufwändigen Untersuchungen über die Folgen von Fukushima zu dem Ergebnis: Eine Wirkung auf die Gesundheit der Bevölkerung ist nicht zu erkennen.

Und da gibt es Leute, welche die „Asse“ für so gefährlich halten, dass man die radioaktiven Abfälle wieder herausholen muss, zum Schutz der Menschen in den umliegenden Orten?

Was sagte dazu unser Umweltminister, Herr Wenzel, auf meine Frage? In seinem Ministerium wird die Arbeit von UNSCEAR nicht anerkannt. Dort stützt man sich unter anderem auf einen Bericht von IPPNW (International Physicians for the Prevention of Nuclear War), welcher von mehreren 10.000 zusätzlichen Krebserkrankungen ausgeht.

Vergleichen wir einmal: IPPNW ist eine der üblichen flexiblen Gutmenschen-Weltverbesserungs-Spendensammelorganisationen, welche ihre Tätigkeitsfelder stets dem anpassen, was gerade aktuell ist und die größte Spendenbereitschaft erwarten lässt. Fachleute werden kaum beschäftigt.

Demgegenüber arbeiteten für UNSCEAR mehr als 80 Personen aus 18 Ländern, alles wirkliche Strahlenfachleute. Jeder musste seine Abhängigkeiten und möglichen Interessenkonflikte offenlegen. Die UNSCEAR-Ergebnisse passen zu denen, welche die Weltgesundheitsorganisation WHO veröffentlicht hat, und auch zu dem, was die strahlenbiologische Forschung in 100 Jahren herausgefunden hat, und ich in über 50 Jahren darüber gelernt habe. Zur derzeitigen Politik nicht nur des Niedersächsischen Umweltministeriums passt dagegen IPPNW; UNSCEAR und WHO passen gar nicht.

Wie wird man auf diese Weise zu einem Endlager kommen? Ich denke, indem der Strahlenaberglaube aus der Mode kommt. Auch das Hexenproblem wurde nicht durch Kommissionen gelöst, sondern dadurch, dass die Leute aufhörten, an Hexen zu glauben. Um unsere Politiker braucht man sich da aber keine Sorgen zu machen. Sie finden ein anderes Thema, um die Menschen in Angst zu halten.

Hannover, den 30.04.2015



VI

Bis in alle Ewigkeit ...

Niedersächsische Fachgespräche zu gesellschaftspolitischen, rechtlichen und technischen Fragen der Lagerung von Atommüll

EINLADUNG

Der Umgang mit dem Atommüll: Deutschland – ein hoffnungsloser Fall?

Montag, 27. April 2015, 17:00 bis ca. 20:00 Uhr
im Niedersächsischen Landesmuseum Hannover (Vortragssaal), Willy-Brandt-Allee 5, 30169 Hannover

Das Umweltministerium setzt seine Veranstaltungsreihe zur Begleitung der Kommission zum Standortauswahlgesetz fort:

Was macht die Suche nach einem Lager für den Atommüll in Deutschland so schwierig? Gibt es hier tatsächlich größere Probleme oder gestaltet sich die Suche in anderen Ländern auch nicht so einfach wie manchmal behauptet wird?

Zur Erörterung dieser Fragen haben wir Wissenschaftler eingeladen, die sich mit der Situation in verschiedenen europäischen Ländern beziehungsweise mit der Historie in Deutschland beschäftigen.

Wir laden herzlich ein.
Ich freue mich auf eine rege Diskussion.
Ihr

PROGRAMM

17:00 Uhr Begrüßung
Stefan Wenzel, Niedersächsischer Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Der finnische Umweltwissenschaftler **Markku Lehtonen** berichtet über die Situation in Finnland, Schweden und Frankreich.

Der Historiker **Detlev Möller** geht der Frage nach, was die Suche nach einem Ort für den Atommüll in der Bundesrepublik schwierig gemacht hat und inwieweit eine vertiefte Aufarbeitung der Endlagerungsgeschichte für den weiteren Prozess sinnvoll sein könnte.

Der Politologe **Peter Hocke** benennt vor dem Hintergrund der aktuellen Lage in Deutschland strukturelle Handicaps und Ansatzpunkte für ein qualitativ hochwertiges Standortauswahl-Verfahren.

Moderation: **Asta von Oppen**

Kleiner Imbiss

Die Veranstaltungsreihe wird fortgesetzt.

Dr. Markku Lehtonen ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Arbeitsgruppe für Wissenschaftsstrategie an der Universität Sussex in England. Zur Zeit arbeitet er im Rahmen eines Stipendiums an der Hochschule für Sozialwissenschaften in Paris. Er hält ein Diplom in Umweltschutz von der Universität Helsinki und hat an der Universität Versailles in Umweltökonomie promoviert.

Dr. Detlev Möller erlangte 2009 mit seinem Buch „Endlagerungen radioaktiver Abfälle in der Bundesrepublik Deutschland“, das sich schwerpunktmäßig mit den Ereignissen um die Asse auseinandersetzt, Aufmerksamkeit in der Fachwelt. Seit 2010 ist Möller Mitarbeiter des Bundesamts für Strahlenschutz.

Dr. Peter Hocke beschäftigt sich in seiner Forschung u.a. mit dem Spannungsverhältnis zwischen Expertise, öffentlichem Protest und Regierungshandeln in Deutschland und der Schweiz. Er arbeitet am Institut für Technikfolgenabschätzung am Karlsruher Institut für Technologie. Er leitet dort unter anderem das Projekt „Endlager und Governance“.

Wir erbitten Ihre Anmeldung bis zum 17.04.2015 an:
Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz
Hiltrud Hunte
T.: 0511-120-3453 oder E-Mail: hiltrud.hunte@mu.niedersachsen.de



Niedersachsen